



# NIE WIEDER !

## NACHRICHTEN EUROPÄISCHER BÜRGERINITIATIVEN

Ausgabe 5 / 2011

Verantwortlich für die Beilage des „13.“ Günter Annen  
Cestarostraße 2, D-69469 Weinheim  
Tel. und Fax: 0049 (0) 6201-2909929/28  
E-Mail: info@babycaust.de

### Comeback der Abtreibungsgegner

Am 13. 4. 2011 brachte der „Rundfunk Berlin-Brandenburg“ (rbb) in der Sendereihe „Klartext“ in seinem Regionalprogramm einen Beitrag mit dem Titel „Comeback der Abtreibungsgegner“. Angriffsziel war unsere Internetseite [www.abtreiber.com](http://www.abtreiber.com).

Diese einseitige Berichterstattung war eine Hetzkampagne der übelsten Sorte gegen unsere Lebensrechtsarbeit. Der zu Wort kommende Abtreiber Dr. **Daniel Panzer** aus Berlin appellierte an die Politiker: „Schaltet die Seite ab!“

#### Die Autoren

Die Autoren dieser Sendung waren **Ursel Sieber** und **Detlef Schwarzer**. Sie behaupteten in der Sendung, daß Abtreibungsärzte von uns Lebensschützern schikaniert, bloßgestellt und beleidigt werden. Daß dieser Vorwurf nicht stimmt, davon kann sich jeder überzeugen, der unsere Internetseite aufruft.

#### Legitime Möglichkeit

Wenn wir Abtreibungsärzte auflisten und die Leser aufgefördern, sie mögen Einfluß

auf diese Ärzte und auch deren Personal nehmen, damit der Kindermord im Mutterleib endlich beendet wird, so ist das eine legitime Möglichkeit im Kampf um das Lebensrecht der ungeborenen Kinder. Das Bundesverfassungsgericht gab uns vor einem Jahr recht:

hen, wenn sie mit einer Pinzette das kleine, abgetriebene Kind wieder zusammensetzen müssen, um ja sicher zu gehen, daß auch alles „Gewebe“ aus der Gebärmutter entfernt wurde?“

Der Berliner Sender „rbb“ hetzte auch noch am Tag nach der Ausstrahlung des Beitrags

sein. Welch ein Irrsinn!

Nach meiner langjährigen Erfahrung bei verschiedenen Einsätzen vor Abtreibungspraxen kann ich sagen, daß die Abtreibungsärzte und ihr Personal mit den Lebensschützern tatsächlich erhebliche Probleme haben, denn die abtreibungswilligen Frauen möchten zwar schnell ihr Problem lösen, werden aber durch die Lebensschützer zum tieferen Nachdenken veranlaßt:

#### Erfolgreiche Arbeit

Spricht man die Frauen an, oder zeigt ihnen Bilder von Babys, so müssen sie ihren Entschluß, das Kind abzutreiben, noch einmal überdenken. Viele Frauen entscheiden sich dann doch noch für ihr Kind.

Hier beginnt dann die erfolgreiche Arbeit der Gehsteigerberater. Konkrete Hilfen werden angeboten, um das Kind zu retten und die Mutter vor den Folgen einer Abtreibung zu schützen.

#### Ein Geschäft

Die Frauen sind aufgewühlt, unsicher und wollen oft die Abtreibung nicht mehr. Der in der „Klinik“ wartende Abtreibungsarzt denkt nur an sein Geschäft und den „Eingriff“, den er schnell durchführen möchte!

Fortsetzung Seite 16

### Das Urteil

Im Urteil vom 8. Juni 2010 des Bundesverfassungsgerichts (1 BvR 1745/06) heißt es, daß „die Wahl einer personalisierten Darstellungsweise und der hiermit regelmäßig verbundenen Wirkungssteigerung gerade Teil der grundrechtlich geschützten Meinungsfreiheit des Äußernden ist. Namentlich lassen sie nicht erkennen, daß dem Kläger ein umfassender Verlust an sozialer Achtung drohe, wenn seine Bereitschaft zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen zum Gegenstand einer öffentlichen Erörterung gemacht wird. Hiergegen spricht, daß dem Kläger nach dem festgestellten Sachverhalt nicht etwa eine strafrechtlich relevante oder auch nur überhaupt gesetzlich verbotene, sondern lediglich eine aus Sicht des Beschwerdeführers moralisch verwerfliche Tätigkeit vorgehalten wurde...“

Der „Berliner Skandalsender“ übersieht (offenbar bewußt) diese Argumente der Bundesverfassungsrichter in der Berichterstattung.

#### Mitarbeiterschutz?

Abtreiber **Panzer** möchte auch seine 16 Jahre alten Jugendlichen schützen, die er gerade ausbildet. Wir fragen: „Werden auch seine Mitarbeiter davor geschützt, daß sie die Tötung eines ungeborenen Menschen als einen normalen Arbeitsvorgang se-

ges weiter. Zur besten Sendezeit wurde in ARD „Kontraste“ über die Arbeit der Münchener Gehsteigerberater hergezogen. **Wolfgang Hering**, Leiter der „Helfer für Gottes kostbare Kinder“, wurde mit seinen Mitarbeitern ebenfalls als radikaler Lebensschützer dargestellt. Auch vor diesen Lebensschützern sollten die Abtreibungsärzte geschützt werden, lautete der Tenor dieser Sendung. Das ungehinderte Töten von ungeborenen Kindern müsse staatlich geschützt

# In Zeiten von leeren Schulen und mittlerweile leeren Kassen

## Fortsetzung von Seite 15


Deshalb paßt es dem Abtreiber ganz und gar nicht, daß vor seiner Türe Menschen stehen, die aus seiner Sicht den ganzen „Geschäftsbetrieb“ durcheinander bringen.

### Das Endergebnis

Ein „Massentöter“, wie er einst von einem CSU-Politiker im Münchner Landtag genannt wurde, hat nun durch eine Hetzkampagne der „rbb“ in Dr. **Wilfried Blume-Beyerle**, Chef des Münchner Kreisverwaltungsreferates, einen Verbündeten gefunden. Dieser will die Hilfsangebote der Münchner Gehsteigerberater durch Auflagen unmöglich machen, damit ein 17

Abtreiber sein Tötungsgeschäft ungehindert betreiben kann.

Dem Abtreiber wird man bald sein 80.000stes Opfer nachsagen können. Seine Verbündeten im Münchner Kreisverwaltungsreferat sollten sich schämen!

Fazit: Wenn in einer staatlichen Gemeinschaft widerspruchslos sittliche Werte verschoben werden dürfen, geht es auch in einer Demokratie bald drunter und drüber. 

### Familienministerin Schröder erwartet im Juli ihr erstes Kind.

Frau **Schröder** hat Mitleid mit den kinderlosen Paaren. Ausgerechnet in Zeiten von leeren Schulen und leeren Kassen will sie kinderlosen Paaren doch noch zu Nachwuchs verhelfen. Derzeit geben die gesetzlichen Krankenkassen jährlich etwa 76 Millionen für künstliche Befruchtungen aus.

Frau **Schröder** meint, dies sei zu wenig. Es ist zur Zeit im öffentlichen Gespräch, wieder die alte Regelung aus dem Jahre 2003 einzuführen. Es sollen wieder vier künstliche Besamungsversuche von den Krankenkassen

übernommen werden statt bisher drei. Außerdem soll die Altersobergrenze von Mann und Frau für eine künstliche Befruchtung erhöht werden.

### Hohe Kosten

Unbestritten ist, daß durch diese Regelung enorme Kosten auf die Krankenkassen zukommen, sollte sich Kirsten **Schröder** durchsetzen. Und sollte die PID, die Möglichkeit einer Menschenselektion vor der Einpflanzung in den Mutterleib, von den Bundestagsabgeordneten als gesetzliche Regelung beschlossen werden, wird dies natürlich nochmals die Ko-

sten in die Höhe treiben.

### Unser Vorschlag

Vorschlag hierzu: Die Krankenkassen sollen die Anti-Baby-Pille nicht mehr zahlen. Dadurch werden jährlich Millionen von Euros eingespart.

Ein wichtiger „Nebeneffekt“: Viele Frauen würden dadurch gesund bleiben, denn Frauen, die eine längere Zeit die Anti-Baby-Pille (Hormone) einnehmen, werden durch die Nebenwirkungen der Pille oft auch noch unfruchtbar.

Wäre das nicht der bessere, effektivere und billigere Weg? Wir sollten uns wieder auf Menschlichkeit besinnen.

## PID-PID-PID, und was noch?

Die erste Lesung im Bundestag zur PID hat am 14. 4. 2011 stattgefunden. Eine Mehrheit für die eine oder andere Richtung ist noch nicht auszumachen.

Einige Organisationen haben durch Unterschriftaktionen für den Stopp der PID geworben. Auch existieren mittlerweile Adressenlisten von den Politikern, die „noch

unentschlossen“ sind beziehungsweise die eine PID befürworten.

### Eine Bitte


Bitte nehmen Sie Einfluß auf die Politiker.

Schreiben Sie einen Brief oder eine Email oder rufen Sie an. Die Adressen finden Sie auf unserer Homepage

[www.nachrichten-lebensrecht.de](http://www.nachrichten-lebensrecht.de) oder wir schicken Ihnen die Liste per Post kostenlos zu.

Sagen Sie nicht: „Es hat keinen Zweck, wir können doch nichts mehr ändern!“

Der Teufel freut sich über laue Christen!

Wenn Sie nichts tun, tun es andere, aber anders, als Sie wollen! 

## Unsere Politiker sollten Plato nachlesen!

*Wenn sich Väter daran gewöhnen, ihre Kinder einfach gewähren und laufen zu lassen, wie sie wollen, und sich vor ihren erwachsenen Kindern geradezu fürchten, ein Wort zu reden; oder wenn Söhne schon sein wollen wie die Väter, also ihre Eltern we-*

*der scheuen, noch sich um ihre Worte kümmern, sich nichts mehr sagen lassen wollen, um ja recht erwachsen und selbständig zu erscheinen, dann zerfällt die Demokratie.*

*Und auch die Lehrer zittern bei solchen Verhältnissen vor ihren Schülern und*

*schmeicheln ihnen lieber, statt sie sicher und mit starker Hand auf einen geraden Weg zu führen, so daß die Schüler sich nichts mehr aus solchen Lehrern machen. Sie werden aufsässig und können es schließlich nicht mehr ertragen, wenn man nur ein klein wenig Unter-*

*ordnung von ihnen verlangt.*

*Am Ende verachten sie dann die Gesetze auch, weil sie niemand und nichts als Herr über sich anerkennen wollen. Und das ist der schöne, jugendfrohe Anfang der Tyrannei. Ja, das sagte schon **Plato**.*